



Salzburger Netzwerk gegen
Armut und soziale Ausgrenzung
18.02.2010

• p r e s s e • p r e s s e • p r e s s e • p r e s s e •

Mindestsicherung im Eilverfahren?

Utl: Salzburger Armutskonferenz fordert das Land auf, sich drei Monate mehr Zeit für die Umsetzung der Mindestsicherung zu lassen und den Umsetzungsprozess transparenter zu gestalten.

„Derzeit erfolgt die Umsetzung der Mindestsicherung auf Landesebene im Eilverfahren“, so Robert Buggler, Sprecher der Salzburger Armutskonferenz, „viele **zentrale Fragen** können so **nicht ausdiskutiert** werden, die Vorbereitungszeit gerade auch für die Ämter ist ebenfalls denkbar kurz. Wir **fordern das Land** daher auf, sich mit der Umsetzung drei Monate mehr – also **bis 01.01.2011** – Zeit zu lassen!“

Der Hintergrund: Der Bund hat sich Mitte Jänner gemeinsam mit den Ländern auf einen Text für die 15a-Vereinbarung, die Mindeststandards für eine Mindestsicherung vorschreibt, geeinigt. Jetzt sind die Länder am Zug, ihre Sozialhilfegesetze anzupassen. Das Land Salzburg hat dazu einen Umsetzungsprozess unter Einbeziehung von ExpertInnen und NGO's eingeleitet, was grundsätzlich zu begrüßen ist.

Nur sei der **derzeitige Umsetzungsprozess zu überhastet und intransparent**. Buggler: „Das Ergebnis der insgesamt drei Arbeitsgruppen kann man höchstens als **Themensammlung** bezeichnen. Da aufgrund des Zeitdrucks bereits in den nächsten Tagen ein **erster Gesetzesentwurf** an die Landeslegistik zur rechtlichen Prüfung gehen soll, sehen wir kaum Möglichkeiten, inhaltlich darauf noch Einfluss zu nehmen. Wir glauben nicht, dass bestimmte Fragestellungen in dieser Phase ausreichend beantwortet werden können.“

Viele Jahre hätte man, so die Armutskonferenz, keine nennenswerte Initiative zur Reform der Sozialhilfe gesetzt, nun soll plötzlich vieles „übers Knie gebrochen“ werden. „Auch die inhaltlichen Grundzüge der Mindestsicherung sind seit beinahe zwei Jahren bekannt, das hätte man viel früher angehen müssen!“ so Buggler.

„An die 15a-Vereinbarung sind wir inhaltlich ohnehin gebunden, und trotzdem gibt es **viel Spielraum für regionale Regelungen**, daraus sollte jetzt das Beste gemacht werden.“

Salzburger Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung: Arbeiterkammer, Caritas, Schuldnerberatung, Neustart, Katholische Aktion, Verein für Alleinerziehende, VertretungsNETZ - Sachwalterschaft, Netzwerk Frauenarmut, Volkshilfe Salzburg, PerConsult – Volkshilfe, Frauenhilfe, Frauentreffpunkt, Neumarkter BürgerInnenservice, Soziale Arbeit GmbH, Katholische Frauenbewegung, helping hands, Initiative Psychiatrie Positiv, Abt. Kirche und Arbeitswelt der Katholischen Aktion, OBDS Salzburg, Pongauer Arbeitsprojekt, Laube GmbH, KOKO GmbH, Männerwelten, WFWPI, Herbert Huka-Siller – Familienreferat, Fritz Keller, Emmy-Sieglinde Pucher, Gertraud Pühringer – Plattform Sozialökonomische Betriebe, Hadwig Soyoye, Grau & Schlau, Monika Moser-Premm, Verein AhA – Angehörige helfen Angehörigen, unicum:mensch.

Folgende Mindestanforderungen für eine Mindestsicherung sind für die Armutskonferenz dabei unabdingbar:

- Eine Garantie, dass das Verschlechterungsverbot auch alle bisherigen Leistungen der Sozialhilfe beinhaltet (z. B. Schulstartgeld, Kinderbetreuungskosten etc.);
- Keine Leistung unter der Armutsgrenze;
- Die Anpassung der Wohnunterstützung an die realen Kosten, mindestens aber eine Erhöhung der derzeitigen Richtsätze um + 15 %;
- Ein Rechtsschutz- bzw. Rechtsdurchsetzungssystem;
- Erhöhung der vorgesehenen Richtsätze für Kinder von derzeit 18 % des Ausgangsbetrages auf mindestens 32,5 %;
- Ein umfassendes und auf die Zielgruppe angepasstes arbeitsmarktpolitisches Angebot;
- Ein funktionales Modell der Zusammenarbeit zwischen Ämtern, AMS und Sozialberatungsstellen (Abklärung der Arbeitsfähigkeit, Antragsorganisation etc.).
- Regionale Sozialzentrenstruktur;
- Regionale Mindestsicherungs-Arbeitskreise (Neuregelung der Sozialhilfebeiräte) etc.

„Die Umsetzung der Mindestsicherung ist ein **wesentliches Element der künftigen Sozial- und Armutspolitik** im Bundesland Salzburg. **Dafür braucht es einfach mehr Zeit, inhaltliche Grundlagen und Diskussion!** Wir hoffen, die Politik lenkt zum Nutzen aller hier noch ein“, so Buggler abschließend.

Rückfragen: Robert Buggler, 0662 – 84 93 73 - 227 bzw. 0676 – 384 14 21